

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichts-
bezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshaupt-
mannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Baugen,
sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und
Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten
Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle:
Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei
Friedrich Maq in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufspreise: Jedes Exemplar enthält für den folgenden Tag.
Einzelhefte: 10 Pf. — Ein Jahrgang (12 Hefen) 1,20 M. — Ein halbes
Jahrgang (6 Hefen) 0,60 M. — Ein Vierteljahrgang (3 Hefen) 0,30 M.
Für den Postweg kommen 10 Pf. hinzu. — Die Geschäftsstelle ist
in Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei
Friedrich Maq in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Nr. 289. Sonnabend, den 11. Dezember 1920. 75. Jahrgang.

Zur Wiederwahl des Ministerpräsidenten Bud

Von unserem Dresdener Mitarbeiter wird uns geschrie-
ben:

Sachens rosa-roter Regierung wird nunmehr durch eine
tatsache abgelöst werden, nachdem der bisherige Minister-
präsident Bud seit Donnerstag wieder als Ministerpräsident,
diesmal aber als ein solcher von der Kommunistischen Partei,
gewählt worden ist. Die Umstände, unter welchen sich die
Wahl des Ministerpräsidenten in der Donnerstag-Sitzung
des Landtages vollzog, haben diejenigen nicht überrascht, die
von vornherein der Hoerzeugung waren, daß eine vom gu-
ten Willen der Kommunisten abhängige Regierung niemals
wirklich lebensfähig sein kann. Einige unbedeutende aber
in der mehrheitssozialdemokratischen Partei, allen voran der
„grünliche“ und „weißliche“ Führer der Chemnitzer
Fraktion, haben es fertig gebracht, daß sich der neue Mini-
sterpräsident den Kommunisten auf Leben und Tod ver-
schreiben mußte. Wohl hat Bud erklärt, daß er fest an der
Verfassung halte, und daß er es ablehnen müsse, um die
Stimmen der Kommunisten zu wahlen, aber es bleibt die
Frage bestehen, ob er seine Wahl denen verdankt, die
nach der ihrer Zustimmung erklärten, daß sie die Verfassung
fürchten und in Sachen die Räte-Republik errichten wollen,
die weiter erklärten, daß sie nur für den Ministerpräsidenten
wählten, um den Arbeitern zeigen zu können, daß auch
eine sozialistische Regierung nicht erlöschen könne.

Wenn die neue Regierung also einige Zeit am Le-
ben erhalten will, dann muß sie nach der kommunistischen
Seite tanzen, d. h. eine Politik machen, die als blutiger
Hohn auf den bei der Landtagswahl zum Ausdruck gekom-
menen Volkswillen und als eine Provokation aller wirklich
Ordnungliebenden und zu gedeihlicher Aufzucht ehrlich
Bereiten wirken muß. Diese Erkenntnis war es sicher, die
den Ministerpräsidenten Bud veranlaßte, auf eine Unter-
brechung der Landtags-Sitzung zu dringen; und die Unter-
brechung ist nicht unwahrscheinlich, daß Bud die Wahl
nicht mehr annehmen wollte und erst mit gelin-
der Gewalt wieder zur Annahme gebracht werden konnte.
Ebenso verständlich ist es, wenn, wie es glaubwürdig
heißt, von einigen anderen, für die neue Regierung vorge-
gebenen Ministern ernstlich Bedenken gegen die An-
nahme eines Ministerpostens geltend gemacht wurden. So
ist z. B. beim Arbeitsminister Heß, nach seinem wiederhol-
ten der Öffentlichkeit abgegebenen bündigen Erklärungen,
kaum anzunehmen, daß er das ihm in der neuen Regierung
bereits gestellte Finanzministerium übernehmen wird. In-
folgedessen konnte man am Donnerstag im Landtag von
sehr vielen Seiten, und zwar auch aus den sozialistischen
Reihen heraus, die Anschauung hören, daß mit der Wahl
des Ministerpräsidenten noch nicht die neue Regie-
rung zustande gekommen ist.

Das eine aber ist sicher: Kommt diese Regierung, dann
wird sie den Lobesstein von Anfang an in sich tragen. Ein
Gütes aber kann sie bringen, nämlich die Einheitsfront
des Bürgertums, die bisher trotz aller Verluste von
weitsichtigen Politikern nicht zustande kam. Es kann gar
keine Rede davon sein, daß etwa die bürgerlichen Parteien
in Sachen in eine einzige aufgehen sollte, aber es muß mög-
lich sein, daß sich die im Landtage vertretenen bürgerlichen
Parteien zu einer gemeinsamen und wirksamen Abwehr ge-
genüber einer Regierungspolitik, die von den Kommunisten
richtungsgebend beeinflusst wird, zusammenfinden. Eine sol-
che Politik ist jetzt das Gebot der Stunde. Ihr sich entgegen-
zustellen oder in der Hoffnung auf Ministerliste, die nach
dem Scheitern der jetzigen Regierung aus einer neuen Ko-
alition sich ergeben könnten, besteuert zu stehen, wäre Verrat
an der Sache des Bürgertums und würde das Vertrauen der
bürgerlichen Wähler auf das schmachlichste enttäuschen müs-
sen. Sollte die neue Regierung den Kommunisten gegen-
über so willfährig sein, wie diese es verlangen, und sollte
sie insofern Sachen noch weiter als bisher zum Pro-
biertum für sozialistisch-kommunistische Experimente machen
wollen, dann muß ihr die bürgerliche Hälfte des Landtages
bei jeder Gelegenheit ein entschlossenes: „bis hierher und
nicht weiter!“ entgegenrufen, und das wird eine auf so mach-
tigen Füßen stehende Regierung, wie die jetzige, nicht lange
vertragen können.

Dresden, 9. Dezember. Auf der Tagesordnung der
heutigen Landtags-Sitzung stand die Wahl des Minister-
präsidenten. Nach der Eröffnung durch den Präsidenten
Frühdorf erhielt das Wort Abg. Wirth (Soz.), der als neuen
Ministerpräsidenten den jetzigen Ministerpräsidenten Bud
vorschlug.

Abg. Hofmann (Dtsch. Sp.) erklärte, er lehne es ab,
Herrn Bud als Ministerpräsidenten zu wählen. Für die
Ablehnung sind einmal die Gründe maßgebend, die uns be-
reits bei der vorigen Wahl abgehalten haben, Herrn Bud
unserer Stimme zu geben, für die heutige Wahl kommt dazu,
daß Herr Bud genötigt ist, ein rein sozialistisches Ministe-
rium zu bilden, und dabei auf die Unterstützung der Kom-
munisten angewiesen ist. Eine so zusammengesetzte Regie-
rung widerspreche dem Volkswillen, wie er bei den Wahlen
zum Landtag zur Verhandlung gekommen ist.

Abg. Wirth (D. Sp.) lehnte den Vorschlag Wirth aus
den gleichen Gründen ab, da auch er eine Regierung mit
Unterstützung der Kommunisten für nicht tragfähig halte
und betonte, daß er gegen eine solche Wahrung der Wäh-
lerpflicht schärfste Barmherzigkeit einlegen müsse.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) ist der Ansicht, daß eine sozia-
listische Regierung mit kommunistischer Hilfe sich nicht mit
den demokratischen Grundgesetzen vereinbaren läßt und lehnt
gleichfalls den Vorschlag Wirth im Namen seiner Frak-
tion ab.

Abg. Renner (Kom.): Nur unter der Voraussetzung
können wir dem Vorschlag Wirth zustimmen, daß die neue
Regierung gewollt ist, eine sozialistisch-proletarische Politik
durchzuführen. Unter anderen Umständen werden wir die
Gesellschaft verweigern müssen. Renner verliest hierauf im
Namen seiner Fraktion eine Erklärung, die in den schärfsten
Tönen gegen die Regierungsbestrebungen gehalten ist, und
deren Wirkung daraufhin hinauszielt, eine sozialistische
Regierung nur dann zu unterstützen, wenn sich die Parteien
der Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen zu
völlig unumglichen Zuständen gegenüber den
Kommunisten herbeilassen würden. Wenn aus diese Zugs-
stände, so fährt Renner aus, nicht gemacht werden, so
werden wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln
darauf bedacht sein, die Regierung zu stürzen. Es gilt ge-
gen den Kapitalismus, der das Bild eines gewaltigen
Trümmerhaufens (schallendes Gelächter und Zurufe) dar-
stellt, mit allen revolutionären Mitteln zu arbeiten und die
schärfsten Formen des politischen Klassenkampfes werden
angewendet werden. Die sozialistische Regierung ist unter
den obwaltenden Verhältnissen die Geschäftsführerin des
Kapitalismus. Dieser Regierung werden wir den Fußtritt
verleihen. Auch mit den Unabhängigen ist ein Zu-
sammenarbeiten außerordentlich schwer, denn sie haben
zwar die Revolution auf den Lippen, scheuen sich aber nicht,
die Scheidemannier zu machen. Unter den Forderungen, die
Renner als unbedingt notwendig zum Erreichen einer sozia-
listisch-proletarischen Regierung nach kommunistischem Ge-
schmack hielt, gehören die bekanntesten Dinge, wie völlige Ar-
beitslosigkeit, Entwaffnung der Orgesch, proletarische Selbstschut-
zorganisationen, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung
bis zum Existenzminimum. Die Kommunisten sind vorbe-
reitet, den Gegenstoß gegen die Bourgeoisie zu führen.
(Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident Frühdorf: Ich hätte zwar während der Aus-
führungen des Abg. Renner häufig Gelegenheit gehabt, auf
Grund der parlamentarischen Bestimmungen einzugreifen,
habe es aber nicht getan, um dem Hause Belesenheit zu
geben, diesen Erguß vollinhaltlich auf sich wirken zu lassen.
Es müßte einmal Klarheit geschaffen werden, und diese Klar-
heit haben wir jetzt.

Abg. Wirth beantragt hierauf die Vertagung des Hau-
ses auf eine Stunde. Der Antrag wurde einstimmig ange-
nommen.

Nach anderthalbstündiger Pause wurde die Behand-
lung wieder aufgenommen, und das Wort erhielt

Ministerpräsident Bud
zu folgender Erklärung:
Auf Veranlassung des Abg. Wirth bin ich für den neu
zu besetzenden Ministerposten in Aussicht genommen wor-
den. Die Ausführungen der Abg. Hofmann, Wirth, Sey-
fert und Renner veranlassen mich, zu erklären, daß für mich
keine Grundlage für die Arbeit der zukünftigen Regierung
gegeben ist. Auch in Zukunft darf wie bisher nur die Ver-
fassung als Grundgesetz meiner Tätigkeit maßgebend sein.
Soweit sich die Arbeit in diesem Sinne mit dem sozialistischen
Willen durchsetzen läßt, bin ich dazu in der Lage. Ich habe
der Verfassung Treue geschworen, und es geht nicht an, daß

ich um die Stimmen einer Partei buhle, die es auf den Sturz
der Verfassung abgesehen hat.

Abg. Wirth: Wir können nur eine Politik im Rahmen
unseres Parteiprogramms vertreten und schließen uns der
Erklärung des Ministerpräsidenten an.

Abg. Müller-Leipzig (Unabh.): Auf Grund des Beschluß-
es der Landesserversammlung der U. S. P. vom 6. Dezember
haben wir uns bereit erklärt, in die sächsische Regierung ein-
zutreten, um die Gründung einer tonterrevolutionären Regie-
rung zu verhindern. Die U. S. P. lehnt es ab, sich von
irgend einer Seite Vorschriften machen zu lassen. Die U. S.
P. hat alles getan, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen,
wenn es nicht gelingt, so hat sich die kommunistische Partei
die Schädigung der proletarischen Interessen selbst zuzu-
schreiben.

Abg. Renner (Kom.) wiederholt nochmals, daß seine
Partei nur eine Regierung unterstützen werde, die alles da-
ran legen wolle, den sozialistisch-proletarischen Grundgesetzen
zum Erfolg zu verhelfen.

Nach diesen Erklärungen erfolgt die Wahl des Minister-
präsidenten. Dabei erhielten:

- Ministerpräsident Bud 48,
- Abgeordneter Hofmann (Dtsch. Sp.) 20,
- Abgeordneter Wirth (D. Sp.) 18,
- Abgeordneter Seyfert (Dem.) 8,
- Hülse (Zentr.) 1 Stimme.

Somit ist Ministerpräsident Bud mit 48 gegen 47 bür-
gerliche Stimmen gewählt. Er nimmt die Wahl an und
leiht dem Präsidenten den Treueid auf die Verfassung.

Hierauf vertagt Präsident Frühdorf die Sitzung auf
Dienstag, den 14. Dezember nachmittags 1 Uhr. Auf der
Tagesordnung steht die Entgegennahme der Regierungser-
klärung. Schluß nach 1 Uhr.

Die Beamtenforderungen im Reichstag.

Berlin, 9. Dezember. Auf der Tagesordnung steht die
2. Lesung des Gesetzentwurfes betr. den Teuerungszuschlag
zu den Kinderzulagen mit Wirkung ab 1. Oktober 1920 für
die Ortsklasse A mit 125 Proz., Ortsklasse B mit 100 Proz.
und Ortsklasse C mit 75 Proz. Der Ausschuss beantragt Er-
höhung für die Ortsklasse A auf 150 Proz., für B auf 125
Proz., für C auf 100 Proz., für D und E auf 75 Proz. Au-
ßerplanmäßige Beamten, die bislang nur 80 Proz. des
Lohnzuschlages beziehen, sollen hierzu noch die übrigen 20
Proz. und außerdem noch einen Zuschlag von 50 Proz. er-
halten. Die Deutschnationalen beantragen Erhöhung der
Teuerungszulagen im allgemeinen mit 60 Proz. und außer-
dem 15 Proz. Kinderzulage, die Demokraten, das Zentrum
und die Deutsche Volkspartei beantragen, daß bei den Stäf-
ten, die in eine höhere Ortsklasse kommen sollen, schon jetzt
den Beamten die Differenz zur Anrechnung gelangt. Die
Sozialdemokraten beantragen Hinaufsetzung des Teue-
rungszuschlages bei einem Grundgehalt bis 8100 M auf 60
Proz., die Unabhängigen beantragen Festsetzung der Teue-
rungszulagen für alle Reichsbeamte einschließlich der Diä-
täre auf 10 000 M, ferner Erhöhung der Kinderzulagen ein-
heitlich für alle Kinder bis zum vollendeten 21. Lebensjahre
und regelmäßige halbjährige Nachprüfung der Teuerungszu-
lagen.

Abg. Steinkopf (Soz.) schildert die Notlage der Beam-
tenschaft. Die ursprüngliche Regierungsvorlage war unge-
nützlich. Dem so groß die Notlage kinderreicher Familien
ist, kann auch an den kinderlosen verbeirateten Beamten
und an den Ledigen nicht ganz vorbegegangen werden. Un-
ser Vorschlag dagegen hält sich in den Grenzen des Mög-
lichen. Der Finanzminister sagt freilich, wir haben keine
Mittel, aber dieses Argument kennen wir. Das Argument
des knurrenden Wagens ist stärker.

Abg. Altkotte (Zentr.): Das Kabinett hätte schneller
mit seiner Hilfsvorlage kommen sollen. Unter allen Um-
ständen tut rasche Abhilfe not. Außerdem ist die Verbilli-
gung der Lebensmittel erforderlich.

Abg. Hergt (Dnt.): Die Regierungsvorlage, die nur
einem Teile der Beamten helfen wollte, erfuhr durch den
Ausschussantrag schon eine wesentliche Verbesserung. Die
Stapelung nach Ortsklassen gefällt uns aber auch nicht. Lei-
der sind die Pensionäre wieder ausgelassen worden. Die
Notlage ist allgemein. Deshalb muß allgemein geholfen
werden. Wenn wir von der Beamtenschaft verlangen, daß
sie nicht in den Streit eintritt, dürfen wir auch dafür
sorgen, daß sie nicht hungert. Die Elemente der Not wer-
den in den nächsten Monaten die Regierung aufs schwerste

...oblationen...
...Tausend...
...antrieb...
...des...
...berg...
...Früher...
...Eile...
...Thom...
...Rie...
...Blender...
...Ratu...
...Berlag...
...Kamru...
...Jahn...
...Eben...
...Eine...
...vom...
...andere...
...Das...
...Richter...
...Ent...
...Er...
...mappen...
...Gesund...
...ach...
...Das...
...Humo...
...erbrü...
...u...
...natürlicher...
...de...
...cht...
...ung...
...12...
...Preise...
...Anfänger...
...erzierte...
...zu...
...erfü...
...ob...
...ant...
...nsel...
...ther...
...die...
...auf...
...te...
...n...
...Co...
...5/7...